

Manche Menschen würden eher sterben als nachzudenken. Und sie tun es auch.  
[Bertrand Russell]

[Vorige Meldung: "Die Realität fest im Blick"]  
[Nächste Meldung: "SPD-Präsidium gewählt"]

08.12.2003:

## EU-Verfassung: Deutschland beim Prinzip der doppelten Mehrheit nicht beweglich

Die Europäische Union muss auch in Zukunft entscheidungsfähig sein. Bundeskanzler Schröder erklärte nach einem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi in Berlin, Deutschland sei in der Frage der künftigen Stimmverteilung im Europäischen Rat nicht beweglich. Es müsse hier beim Vorschlag des EU-Konvents bleiben, wonach das Prinzip der doppelten Mehrheiten gelten soll.

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der amtierende EU-Ratspräsident und italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi haben sich am 7. Dezember zu einem Gespräch in Berlin getroffen. Einziges Thema des Treffens war der bevorstehende EU-Ratsgipfel und die Fortsetzung der Regierungskonferenz am 12./13. Dezember in Brüssel.

### Dank an die große Arbeit der italienischen Präsidentschaft

Bundeskanzler Schröder bedankte sich bei Ministerpräsident Berlusconi nach dem Gespräch für die "außerordentlich professionelle Arbeit der italienischen Präsidentschaft." Ohne die intensive Reisetätigkeit und die zahlreichen Gespräche des Ministerpräsidenten hätte es die beachtlichen Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung nicht gegeben, so der Bundeskanzler. Große Teile des Verfassungsentwurfs seien dank dieser Arbeit der italienischen Präsidentschaft nun konsensfähig. Dieses Ergebnis müsse unter allen Umständen festgehalten werden, sagte der Kanzler. Es dürfe nicht wieder in Frage gestellt werden.

Schröder ging nach dem Gespräch auch auf die beiden noch offenen Streitpunkte innerhalb der EU ein, über deren künftige Gestaltung in der EU-Verfassung noch keine Einigkeit bestehe. In diesen beiden Punkten gebe es keine Differenzen zwischen Italien und Deutschland, doch es gebe innerhalb der EU hier noch Gesprächsbedarf, sagte der Kanzler.

### Übereinstimmung zwischen Deutschland und Italien beim Prinzip der Stimmverteilung

Strittig ist nach wie vor die Stimmverteilung im Europäischen Rat. Deutschland favorisiert hier das im Konventsentwurf vorgesehene sogenannte Prinzip der doppelten Mehrheiten. Es bedeutet, dass bei Entscheidungen die notwendige Stimmenmehrheit mindestens 50 Prozent der Mitgliedstaaten und 60 Prozent der Bevölkerung repräsentieren muss. Der zweite Punkt betrifft die zukünftige Zusammensetzung und Größe der EU-Kommission. Der Entwurf des Verfassungskonvents plädiert für die Beibehaltung der bisherigen Größe der Kommission. Dies ist auch die Position der Bundesregierung.

Der Kanzler sagte nach dem Gespräch, er sei sehr erfreut darüber, dass Italien mit Deutschland in der Frage der Stimmengewichtung vollständig übereinstimme. Hier müsse es beim Konventsergebnis bleiben, Deutschland sei an dieser Stelle nicht beweglich. Die Kommission müsse so zusammengesetzt werden, dass sie politisch führbar bleibe.

Ministerpräsident Berlusconi erklärte, man wolle in Brüssel "nicht um jeden Punkt abschließen, sondern einen guten Verfassungsvertrag erreichen, der ein handlungs- und entscheidungsfähiges Europa begründe." Berlusconi sagte, er sei durchaus optimistisch bezüglich eines Ergebnisses in Brüssel. Bundeskanzler Schröder sagte hierzu, er setze auf einen Erfolg der Präsidentschaft und wolle alles tun, damit die Präsidentschaft auch Erfolg hat. "Dass es dabei Grenzen gibt, ist in dem, was der Ministerpräsident hier gesagt hat, deutlich geworden. Diese Grenzen gelten auch für uns", so Schröder.

[Vorige Meldung: "Die Realität fest im Blick"]  
[Nächste Meldung: "SPD-Präsidium gewählt"]

